

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

66. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Februar 1998, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier Anmeldung zum 27. Rahmenplan „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“</b>	<b>5</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1188	
<b>2. Bericht des Ministers für Finanzen und Energie über die Finanzministerkonferenz am 22. Januar 1998</b>	<b>6</b>
<b>3. Entwicklung der Erfolgspläne der Klinika der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Medizinischen Universität zu Lübeck</b>	<b>7</b>
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 14/1467	
<b>4. Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages gemäß § 64 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung in die Veräußerung des in Kiel, Hummelwiese/Ecke Königsweg (ehem. Landesblindenheim), belegenen unbebauten Grundstücks zu einem Preis von 1.100.000 DM</b>	<b>8</b>
Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie Drucksache 14/1241	
<b>5. Haushaltsführung im Haushaltsjahr 1998</b>	<b>10</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1555	
<b>6. Verwaltungshilfe für Mecklenburg-Vorpommern</b>	<b>11</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1562	
<b>7. Verschiedenes</b>	<b>12</b>

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Stritzl zu überlegen, der öffentlichen Diskussion über die **Baumaßnahmen** und das **Beschaffungswesen** in den **Universitätsklinika** Rechnung zu tragen und für die Beratung dieses die Öffentlichkeit zuzulassen.

Der Vorsitzende weist zum Rechtlichen darauf hin, daß nach Artikel 17 LV und § 17 GO die Haushaltsprüfung grundsätzlich in nichtöffentlicher Sitzung stattfindet. Zum Inhaltlichen merkt er an, daß Gegenstand der Beratungen auch Äußerungen seien, die in nichtöffentlicher Sitzung gefallen seien. Das Prinzip der Nichtöffentlichkeit dürfe nicht dadurch ausgehöhlt werden, daß diese Äußerungen Gegenstand der Beratung in öffentlicher Sitzung würden.

Unter Berücksichtigung dieses Umstandes sollte - so regt Abg. Heinold an - in einer öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses über das Ergebnis der Beratungen unterrichtet werden. - Abg. Kubicki und Abg. Spoorendonk begrüßen diesen Vorschlag.

Nach den Worten des Abg. Stritzl sollte an dem in Landesverfassung und Geschäftsordnung verankerten Prinzip durchaus festgehalten werden. Zu den Argumenten, für die weitere Beratung die Öffentlichkeit zuzulassen, zählten allerdings nach seiner Auffassung, daß die Öffentlichkeit gezielt gesucht worden sei und daß es öffentliche Stellungnahmen und umfangreiche schriftliche Äußerungen sowie ein Statement eines Regierungsvertreters im Fernsehen gegeben habe.

Abg. Kähler steht auf dem Standpunkt, daß die Verletzung einer Vorschrift nicht zur Folge haben dürfe, diese Vorschrift völlig außer Kraft zu setzen.

Abg. Stritzl erklärt, er verzichte auf einen entsprechenden Antrag und folge dem Vorschlag von Abg. Heinold als second best.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier Anmeldung zum 27. Rahmenplan „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/1188

(überwiesen am 22. Januar 1998 an den Wirtschaftsausschuß und den Finanzausschuß zu abschließenden Beratung)

Der Vorsitzende berichtet, daß der federführende Wirtschaftsausschuß die Anmeldung zum 27. Rahmenplan „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in seiner gestrigen Sitzung zur Kenntnis genommen habe.

Ohne Diskussion nimmt der Ausschuß die Anmeldung zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministers für Finanzen und Energie über die Finanzministerkonferenz am 22. Januar 1998**

Der Ausschuß nimmt einen Bericht von St Dr. Lohmann über die Finanzministerkonferenz vom 22. Januar 1998 entgegen.

Abg. Stritzl bittet, dem Finanzausschuß eine graphische Darstellung über die Auswirkungen der **Bundesergänzungszuweisungen** auf den Länderfinanzausgleich zuzuleiten.

Im Mittelpunkt der folgenden Debatte steht die **Einführung des Euro**. Der Vorsitzende faßt sie mit den Worten zusammen, daß die Politik die Einführung des Euro initiiert und stets an die Wirtschaft appelliert habe, die Umstellung auf den Euro auch wirklich zeitnah vorzunehmen. Im Interesse der politischen Glaubwürdigkeit sollte die Politik und mit ihr die öffentliche Verwaltung dann aber auch „an der Spitze der Bewegung“ stehen.

St Dr. Lohmann teilt mit, daß dieses Thema derzeit Gegenstand der Kabinettsberatung sei und daß voraussichtlich im März eine Vorlage dem Landtag zugeleitet werde. Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Beratungen über dieses Thema auf der Basis dieser Vorlage gegebenenfalls fortzusetzen.

Auf eine Frage des Abg. Stritzl teilt St Dr. Lohmann mit, daß die **Oberfinanzdirektion Kiel** zwar aufgelöst werden solle, daß es aber in Kiel bei einer Bundeskasse mit insgesamt 134 Mitarbeitern verbleiben werde. Fragen nach einer weitergehenden Planung - so fügt St Dr. Lohmann hinzu - mit Angaben über den Umfang und die Kriterien für die sogenannte Abschichtung hätten bisher zu keiner Antwort geführt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwicklung der Erfolgspläne der Klinika der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Medizinischen Universität zu Lübeck**

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Umdruck 14/1467

St Dr. Swatek trägt vor, daß sich die in der Vorlage, Umdruck 14/1467, dargestellte Situation dadurch gebessert habe, daß der vorläufige Jahresabschluß 1997 als Folge der Budgetverhandlungen zu deutlichen Verbesserung geführt habe. Auch für 1998 zeichne sich eine deutliche Verbesserung ab.

Den endgültigen Jahresabschluß 1997 werde er - so antwortet St Dr. Swatek auf eine Frage des Abg. Neugebauer - nicht vor Ende März 1998 vorlegen können.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages gemäß § 64  
Abs. 2 Landeshaushaltsordnung in die Veräußerung des in Kiel,  
Hummelwiese/Ecke Königsweg (ehem. Landesblindenheim), bele-  
genen unbebauten Grundstücks zu einem Preis von 1.100.000 DM**

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Drucksache 14/1241

Abg. Kubicki erklärt, er halte die in dem Antrag vorgesehene Form der Subventionierung der WOBAU für nicht hinnehmbar. Bevor er sich in der Lage sehe, dem Antrag zuzustimmen, müsse ihm nachvollziehbar dargelegt werden, warum ein Grundstück für weniger als 30 % des Verkehrswertes veräußert werden solle, und er bitte, dem Ausschuß die Wirtschaftlichkeitsberechnung der WOBAU vorzulegen. Die Abgeordneten Peters und Neugebauer sowie P Dr. Korthals schließen sich der Bitte des Abg. Kubicki an. St Dr. Lohmann sagt zu, das Erforderliche zu veranlassen.

Der Vorsitzende teilt mit, er sei Mitglied des Beirats der LEG, und gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß das zur Diskussion stehende Projekt bisher nicht an den Beirat herangetragen worden sei.

Abg. Peters möchte wissen, ob es auch andere Interessenten für das zur Diskussion stehende Grundstück gebe oder gegeben habe, und Abg. Neugebauer fragt, warum die Besserungsklausel auf lediglich zehn Jahre begrenzt worden sei. Außerdem bittet Abg. Neugebauer, einen Vertreter der WOBAU zu einer Anhörung einzuladen.

Abg. Heinold bittet, dem Ausschuß die Argumente, die für einen Preisnachlaß von mehr als zwei Dritteln sprechen, schriftlich vorzulegen. Abg. Kubicki schließt sich dem an, und St Dr. Lohmann sagt zu, das Gewünschte zu liefern.

Abg. Kähler greift eine Bemerkung des Vorsitzenden auf und gibt zu bedenken, daß das bisher praktizierte Verfahren, die finanzpolitischen Sprecher vorab über Veräußerungen zu informieren, konterkariert werde, wenn die Landesregierung von denselben Personen zum Zeitpunkt der Vorlage des Antrages „geradezu mit Fragen bombardiert“ werde. Der Vorsitzende bezeichnet die Vorabinformation als ein sehr sensibles Instrumentarium, von dem äußerst sparsam Gebrauch gemacht werden sollte. Der Informierte könne nämlich sehr schnell in die Konfliktsituation geraten,



auf der einen Seite über einen Vorgang informiert zu sein, auf der anderen Seite diese Information aber nicht verwerten zu dürfen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Haushaltsführung im Haushaltsjahr 1998**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/1555

Der Ausschuß entspricht der Bitte des Ministeriums für Finanzen und Energie, dem vorgesehenen Verfahren zuzustimmen und die Vorlage im übrigen zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Verwaltungshilfe für Mecklenburg-Vorpommern**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/1562

MDgt Rohs antwortet auf eine Frage des Abg. Sager, daß die Zahl der Mitarbeiter im Bereich der Verwaltungshilfe für Mecklenburg-Vorpommern von 33 im Jahre 1996 auf 22 im Jahre 1997 zurückgegangen sei und im Jahre 1998 voraussichtlich auf 13 weiter zurückgehen werde.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### Verschiedenes

Der Vorsitzende erinnert daran, daß sich der Finanzausschuß in der 57. Sitzung am 27. November 1997 auf Initiative der F.D.P. mit dem Thema „**Streichung von Stellen an den Instituten für Gerichtsmedizin und für Sexualforschung**“ beschäftigt und dabei beschlossen habe, „das Thema an die Fachausschüsse weiterzugeben, um eine inhaltliche Beratung zu gewährleisten“. Er teilt mit, daß der Innen- und Rechtsausschuß als Termin für diese Beratung den 11. März 1998 vorgesehen habe - Umdruck 14/1589 -.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Hay  
Vorsitzender

gez. Breitkopf  
Geschäfts- und Protokollführer